

Antrag

der Fraktion der CDU

Zur Umsetzung der Ehrenamtsstrategie braucht Berlin neben den bezirklichen auch eine überbezirkliche Stelle zur Koordination und Vernetzung der Ehrenamtsarbeit

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, bereits im Vorfeld der angekündigten Ehrenamtsstrategie die dafür erforderliche Umsetzungsstruktur aufzubauen. Dafür ist eine Stelle für Koordination und Vernetzung bei dem für das Ehrenamt zuständigen Senatsmitglied einzurichten, vergleichbar mit der Landesstelle für Gleichberechtigung gegen Diskriminierung (LADS) des Senats oder der Geschäftsstelle zur Umsetzung der Integrierten Maßnahmenplanung gegen sexuelle Gewalt (IMP) in der Senatsverwaltung für Gesundheit.

Diese Stelle soll sich mit den bezirklichen Koordinierungsstellen in allen Fragen der Umsetzung der Ehrenamtsstrategie abstimmen, eng mit ihnen zusammenarbeiten und gemeinsam an der Herstellung vergleichbarer Rahmenbedingungen für die Ehrenamtsarbeit im Land Berlin arbeiten.

Darüber hinaus soll die Stelle

- den Bezirken, Verbänden, Organisationen und Vereinen sowie Einzelpersonen in allen Belangen ehrenamtlicher Arbeit als Ansprechpartner zur Verfügung stehen,
- bei Bedarf inhaltliche Vernetzung zwischen den unterschiedlichen Partnern der Ehrenamtsarbeit herstellen,
- Analysen zum Stand der Zusammenarbeit herausgeben,
- Konzepte zur Stärkung der Ehrenamtsarbeit entwickeln sowie
- die Öffentlichkeitsarbeit durch geeignete Mittel und Methoden örtlich und überörtlich stärken.

Zum Zwecke der Stärkung und Weiterentwicklung der Ehrenamtsarbeit soll die Stelle Studien und Untersuchungen zu drängenden gesellschaftlichen Fragen anregen dürfen, wie beispielsweise zu den Problemen zunehmender Vereinzelung und Einsamkeit in der Metropole Berlin.

Zur Vorbereitung und Erstellung von Analysen soll die Koordinierungs- und Vernetzungsstelle auch Befragungen und statistische Erhebungen durchführen dürfen, die für die Ehrenamtsarbeit im Land Berlin aktuell oder langfristig von Bedeutung sind.

Für die vielfältigen Aufgaben ist die Koordinierungs- und Vernetzungsstelle personell und sächlich angemessen auszustatten. Zudem ist zu prüfen, ob ihr in bestimmten Fällen in Abstimmung mit dem für Ehrenamtsarbeit zuständigen Senatsmitglied ein eigenes Öffentlichkeitsrecht eingeräumt werden kann und soll.

Dem Abgeordnetenhaus ist alle zwei Jahre ein Bericht über die Arbeitsergebnisse der Koordinierungs- und Vernetzungsstelle vorzulegen. Dieser Bericht ist mit einer aktuellen Analyse über die Ehrenamtsarbeit im Land Berlin zu verbinden.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30. September 2020 über den Stand der Umsetzung zu berichten.

Begründung

Im Papier der Senatskanzlei vom 26. März 2019 zur Weiterentwicklung der ehrenamtlichen Arbeit im Land Berlin hat der Senat selbst festgestellt, dass sein Hauptaugenmerk auf der Koordinierung und Vernetzung der ehrenamtlichen Arbeit liegen muss. Leider hat er daraus bisher noch keine praktischen Schlussfolgerungen gezogen, um dieses Problem anzugehen und auf dieser Basis vergleichbare Strukturen und Rahmenbedingungen in allen Bezirken herzustellen.

Dieses Versäumnis wird sich insbesondere bei der Umsetzung der angekündigten Ehrenamtsstrategie als ein großer Nachteil erweisen, denn hier bedarf es einer besonderen Koordinierung und Vernetzung. Aus diesem Grund ist es wichtig, bereits jetzt eine belastbare Umstrukturierung zu implementieren, in der Senat und Bezirke sich eng abstimmen und zusammenarbeiten.

Das ist unter den jetzigen Bedingungen noch nicht gegeben, da es in der für das Ehrenamt zuständigen Senatsverwaltung eine solche Stelle nicht gibt. Die bezirklichen Koordinierungsstellen sind zwar im Aufbau befindlich, verfolgen aber derzeit wegen der Pandemie eine völlig andere Aufgabenstellung. Deshalb sollte bereits jetzt im Sinne des Antrags eine Struktur aufgebaut werden, mit der Land und Bezirke in die Lage versetzt werden, die Ehrenamtsstrategie ohne Verluste zu realisieren, ähnlich wie es die Landesstelle für Gleichstellung gegen Diskriminierung (LADS) des Senats auf dem Gebiet der Antidiskriminierung und die IMP-Geschäftsstelle in der Senatsverwaltung für Gesundheit gegen sexuelle Gewalt tut.

Warum auch aus anderen Gründen eine Koordinierungs- und Vernetzungsstelle dringend notwendig ist, zeigt die Kritik aus den Organisationen, Verbänden und Vereinen. Hier wird seit langem beklagt, dass für spezifische Probleme nicht genügend Ansprechpartner im Senat zu

finden seien und man sich deshalb eine Lösung mittels einer zentralen Stelle wünsche. Insbesondere dieser Aspekt sollte dem Senat zu denken geben und ihn veranlassen, im Sinne des Antrags tätig zu werden.

Da die Koordinierungs- und Vernetzungsstelle nicht nur die Funktion des überörtlichen Ansprechpartners übernehmen, sondern die Ehrenamtsarbeit insgesamt befördern soll, ist sie für ihre vielfältigen Aufgaben personell und sächlich angemessen auszustatten. Vor allem ausreichendes und befähigtes Personal wird darüber entscheiden, ob die Stelle das ihr zuge dachte Profil entwickeln kann. Gehört doch dazu, Konzepte zu entwickeln, Analysen vorzunehmen, Studien anzuregen, Befragungen und Statistiken vorzunehmen sowie die Öffentlichkeitsarbeit durch geeignete Mittel und Methoden zu stärken. All das würde einerseits die ehrenamtliche Arbeit im Land Berlin inhaltlich, konzeptionell wie organisatorisch enorm voranbringen und andererseits das für Ehrenamt zuständige Senatsmitglied in seiner Aufgabenwahrnehmung stark unterstützen.

Allein den Umsetzungsprozess der Ehrenamtsstrategie im Land Berlin durch ein beratendes Gremium begleiten zu lassen, wie der Senat in seiner Mitteilung zur Kenntnisnahme 18/2122 informiert, greift zu kurz. In dieser Frage sollte sich der Senat an anderen Bundesländern orientieren, die bereits eine Umsetzungsstruktur geschaffen haben. Das ist beispielsweise in Baden-Württemberg die Landesstiftung Baden-Württemberg und in Hamburg das Haus des Engagements als zentrales Kompetenzzentrum.

Berlin, 20. April 2020

Dregger Friederici Demirbüken-Wegner
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU